

ed



Deutsche Sozialversicherung
Europavertretung | DSV

Ausgabe 1/2024

The background of the page features a stylized map of Europe in shades of blue and cyan. Overlaid on the map are several yellow five-pointed stars, reminiscent of the European Union flag. In the lower right portion of the map, there is a small 3D bar chart with several vertical bars of varying heights. The overall aesthetic is clean and professional, with a focus on European themes.

Europa im Wandel

Rückblick und Ausblick auf die neue Legislatur

Liebe Leserinnen und Leser,

der Beginn einer neuen Legislaturperiode ist nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch auf europäischer Ebene sehr spannend. Neue Abgeordnete ziehen ins Europäische Parlament (EU-Parlament) und bringen nicht nur ihren Stab mit, sondern auch Neugier auf das, was auf sie zukommen mag. Im EU-Parlament finden sich die Fraktionen und Ausschüsse zusammen und wählen ihre Präsidentinnen und Präsidenten, Vorsitzenden und Koordinatoren. Die Europawahlen bestimmen dabei die politischen Kräfteverhältnisse im Plenum.

Die neuen Abgeordneten wird künftig die Frage bewegen: Wie lassen sich Mehrheiten für die eigenen politischen Zielsetzungen finden? Gut, dass es die „alten Hasen“ gibt, die Abgeordneten mit europäischer Politikerfahrung, die es wieder ins EU-Parlament geschafft haben. Ich freue mich über neue Kontakte – ich freue mich aber auch sehr über viele bekannte Gesichter.

Mit den Wahlen wird sich auch die Europäische Kommission (EU-Kommission) neu zusammensetzen. Hier ist „Stühlerücken“ angesagt. Eine alte europäische Regel besagt: Kein Kommissar und keine Kommissarin bleibt auf der Position der letzten Amtszeit. Auch hier werden viele Köpfe neu sein und die Politik der EU-Kommission mitbestimmen.

Die deutsche Sozialversicherung steht für ein demokratisches und soziales Europa. Deshalb freue ich mich darauf, die europäische Politik auch in der kommenden Legislaturperiode in diesem Sinne mitzugestalten. Veränderte Kräfteverhältnisse bedeuten jedoch teils schwierigere Diskussionen zu einigen wichtigen Themen, so viel zeichnet sich schon jetzt ab. Vor diesem Hintergrund frage ich mich: Wie hoch wird der Stellenwert der Gesundheits- und Sozialpolitik in der nächsten Amtsperiode sein?

Der vorliegende ed* wird Ihnen zeigen: Die zurückliegende 9. Wahlperiode war in sozial- und gesundheitspolitischer Hinsicht ein voller Erfolg. Dafür stehen nicht zuletzt die beiden Sozialgipfel von Porto und La Hulpe. Ein solcher Erfolg ist für die neue Amtsperiode nicht gesichert. Die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, aber auch die Kritik aus der Wirtschaft und die Proteste aus der Zivilbevölkerung gegen klimabedingte Auflagen und Subventionskürzungen werden womöglich die politischen Prioritäten verschieben. Dazu tragen auch die Mehrheitsverhältnisse im EU-Parlament und im Rat der Europäischen Union (Rat) bei, denn auch hier verschieben sich mit jeder neuen Regierung die politischen Gewichte. Allein in diesem Jahr wird noch in fünf Mitgliedstaaten gewählt.

Mit unserem ed* haben wir den Versuch unternommen, zu schauen, welche politischen Themen gesetzt sind, und uns auf Basis der Wahlprogramme der europäischen Parteien zu fragen, was auf die Sozialversicherung zukommen mag.

Ich freue mich, wenn unsere neue Ausgabe Ihr Interesse findet. Gerne kommen wir auch mit Ihnen ins Gespräch – sei es über unseren E-Mail-Account, über LinkedIn oder ganz klassisch am Telefon.



Ihre Ilka Wölfle

Gesundheits- und Sozialpolitik im Wandel der Zeit

Bilanz der letzten fünf Jahre und Blick in die Zukunft

Als sich Ursula von der Leyen am 16. Juli 2019 um das höchste Amt in der Europäischen Union (EU) bewarb, ahnte niemand, dass ein gutes halbes Jahr später die Corona-Pandemie die politischen Pläne der neuen EU-Kommission ordentlich durcheinander rütteln würde.

Das Jahr 2020 hatte gerade begonnen und die neue EU-Kommission war erst kurze Zeit im Amt, da wurde sie von COVID-19 überrascht. Mit zahlreichen Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene hat die EU-Kommission versucht, die COVID-19-Pandemie einzudämmen und die sozioökonomischen Auswirkungen der Pandemie abzufedern. Mit dem Konjunkturpaket NextGenerationEU hat sie schnell reagiert und den Mitgliedstaaten Mittel für den Wiederaufbau Europas in Höhe von 723 Milliarden Euro bereitgestellt. Mit dem Programm SURE (Support to mitigate Unemployment Risks in an Emergency) haben Finanzhilfen in Höhe von insgesamt 100 Milliarden Euro Millionen Menschen vor Arbeitslosigkeit bewahrt. Und mit dem Gesetzespaket zur Europäischen Gesundheitsunion ist schließlich auch der öffentliche Gesundheitsschutz ein gutes Stück europäischer geworden. Nicht zuletzt durch die gemeinsame Beschaffung von Impfstoffen gegen COVID-19 ist die EU zum wichtigen Akteur in der Gesundheitspolitik geworden. Dass von der Leyen besondere Ambitionen in gesundheits- und sozialpolitischer Hinsicht hat, hatte sie frühzeitig mit ihrem Aufschlag für „Europas Kampf gegen den Krebs“ Anfang Februar 2020 zu erkennen gegeben.

Leitlinien der EU-Kommission 2019 bis 2024

Bemerkenswert ist, dass die EU-Kommission trotz der plötzlichen Herausforderung durch die Pandemie ihre Pläne zielgerichtet weiterverfolgt hat. Ihre großen Leitlinien sind,

- bis zum Jahr 2030 die Treibhausgasemissionen um mindestens 55 Prozent zu senken und die EU bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu machen (Grüner Deal).
- den notwendigen Strukturwandel in ökologischer Hinsicht sicherzustellen und sozial gerecht zu gestalten (Gerechter Übergang).
- die Möglichkeiten der Digitalisierung, großer Datenmengen und Künstlicher Intelligenz (KI) verantwortlich zu nutzen (Digitale Dekade).

In diesen Bereichen hat die EU-Kommission in den vergangenen Jahren einiges auf den Weg gebracht.

Bewältigung der Herausforderungen durch den Klimawandel

Klimawandel und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen. Die Veränderung des Klimas hat bereits heute Auswirkungen auf verschiedene Lebensbereiche und auch auf die Arbeitswelt. UV-Strahlung, Unwetter und Hitzestress sowie zunehmende Belastungen durch Staub, Pollen und tropische Insekten stellen die Sozialversicherung vor neue Anforderungen. Dabei gilt es, besonders benachteiligte Gruppen nicht aus dem Blick zu verlieren. So spüren etwa Fabrikangestellte, Landwirtinnen und

Klimasozialfonds

Der Klimasozialfonds soll im Jahr 2026 anlaufen. Unterstützt werden bedürftige Haushalte, kleine Unternehmen und Verkehrsnutzer, die am stärksten von Energie- und Mobilitätsarmut betroffen sind. Förderungsfähige Maßnahmen sind die Senkung von Energiesteuern oder -abgaben, finanzielle Anreize für die Renovierung von Gebäuden oder die Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Quellen, der Umstieg vom Individualverkehr auf öffentliche Verkehrsmittel, das Fahrrad oder Carsharing sowie die Entwicklung eines Gebrauchtmärktes für Elektrofahrzeuge.

Der KSF ist Teil des Legislativpakets „Fit for 55“, mit dem die Ziele des europäischen Grünen Deals umgesetzt werden sollen. Er finanziert sich bis zu 65 Milliarden Euro aus der Versteigerung von Zertifikaten aus der Ausweitung des Emissionshandelssystems. Weitere 25 Prozent sollen durch nationale Mittel aufgebracht werden.

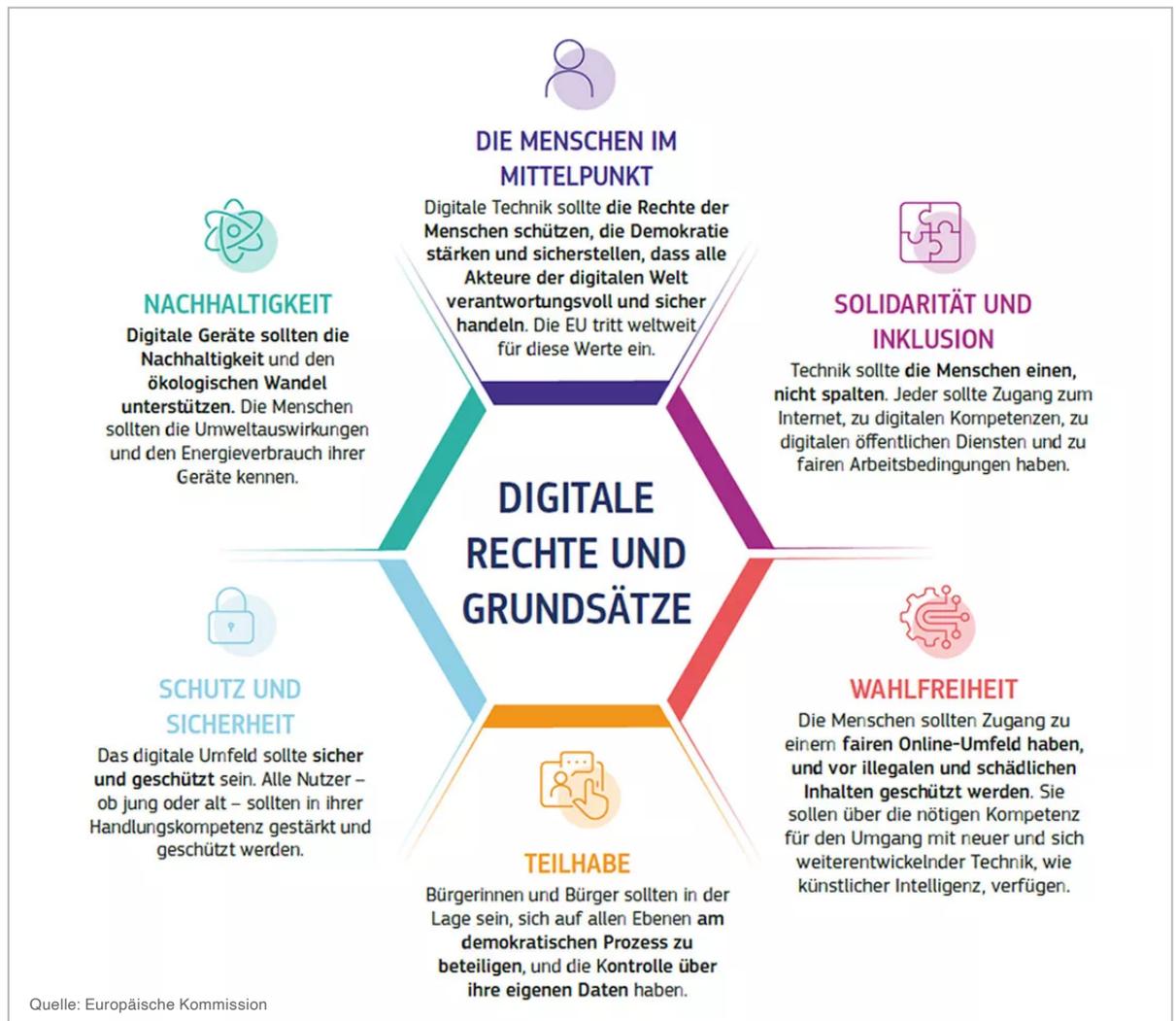
Landwirte oder Menschen in prekären Lebensverhältnissen die Folgen des Klimawandels besonders schnell. Gleichzeitig trifft diese Gruppen eine nicht zu Ende gedachte Klimapolitik unverhältnismäßig stark. Mit der Einrichtung des Klimasozialfonds hat die EU-Kommission ein erstes Instrument geschaffen, um den Übergang zur Klimaneutralität sozial zu gestalten. Auch die Sozialversicherungen sehen ihre Verantwortung, ihren Klimafußabdruck zu reduzieren und ihre Versorgungsaufgaben an die veränderten Bedingungen anzupassen. Sei es in der medizini-

schen und pflegerischen Versorgung von Kranken, in der Prävention oder beim Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Hitze, Strahlung und neuen Arbeitsplatzrisiken sowie in der Rehabilitation. Auf der Jubiläumsveranstaltung der DSV wurden diese Herausforderungen intensiv diskutiert.

Digitale Dekade und soziale Sicherheit

Neben dem Klimawandel muss auch der digitale Wandel in ganz Europa bewältigt werden. Über das Programm

Digitale Rechte und Grundsätze der EU



der digitalen Dekade, das Ende 2022 beschlossen worden ist, sollen mindestens 80 Prozent der Menschen in der EU bis zum Jahr 2030 über digitale Grundkompetenzen verfügen. Mindestens 75 Prozent aller Unternehmen sollen KI, Big Data oder Clouds nutzen. Ein besonderer Schwerpunkt des Programms liegt darin, die öffentlichen Dienste zu digitalisieren.

Im Bereich der Sozialversicherung sind in der letzten Wahlperiode deutliche Fortschritte zu verzeichnen gewesen. Seit Mai werden alle zwischenstaatlichen Prozesse der Sozialversicherungsträger EU-weit über den elektronischen Austausch von Sozialversicherungsdaten (EESSI) abgewickelt. Das einheitliche Zugangstor zur öffentlichen Verwaltung ist am Netz. Gemeinsam mit der Verordnung für eine Europäische Digitale Identität, die bis zum Jahr 2026 vollständig umgesetzt werden soll, sind die Weichen für einen Europäischen Sozialversicherungsausweis (ESSPASS) gestellt worden. Dieser soll es mobilen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglichen, EU-weit auf wichtige Verwaltungsdokumente zugreifen und sie im behördlichen Alltag nutzen zu können. Die Mobilität und damit die Freizügigkeit der Menschen in der EU werden so digital flankiert.

Die Digitalisierung der sozialen Sicherheit stärkt den Binnenmarkt

Die Digitalisierung wird sicherlich auch in der neuen Amtsperiode einen hohen Stellenwert haben. Das zeigen nicht zuletzt die Wahlprogramme der großen europäischen Parteifamilien. Christdemokraten (EVP), Liberale (ALDE), Grüne (EGP) und Linke (EL) wollen sich für die Regulierung und den Schutz von Arbeitnehmerrechten im digitalen Zeitalter einsetzen, die Digitalisierung des Gesundheitswesens voranbringen, die Vermittlung digitaler Kompetenzen intensivieren (ALDE) oder auch die Forschung zu KI-basierten Methoden in der Gesundheitsprävention und

-behandlung oder der Arbeitskräfte-mobilität durch den Europäischen Sozialversicherungsausweis fördern (EVP). Zu letzterem laufen derzeit zwei Pilotprojekte, welche bis April 2025 die Grundlage dafür legen sollen, dass zunächst die A1-Bescheinigung für entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und dann die Gesundheitskarte (EHIC) elektronisch nutzbar wird. Auch die Deutsche Rentenversicherung Bund und der GKV-Spitzenverband bringen sich hier aktiv mit zahlreichen anderen Sozialversicherungseinrichtungen aus Europa ein. Aus Sicht der DSV muss die Digitalisierung der sozialen Sicherheit konsequent umgesetzt werden, damit die Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme und damit die Arbeitnehmerfreizügigkeit bürgerfreundlich weiterentwickelt und der Binnenmarkt gestärkt wird.

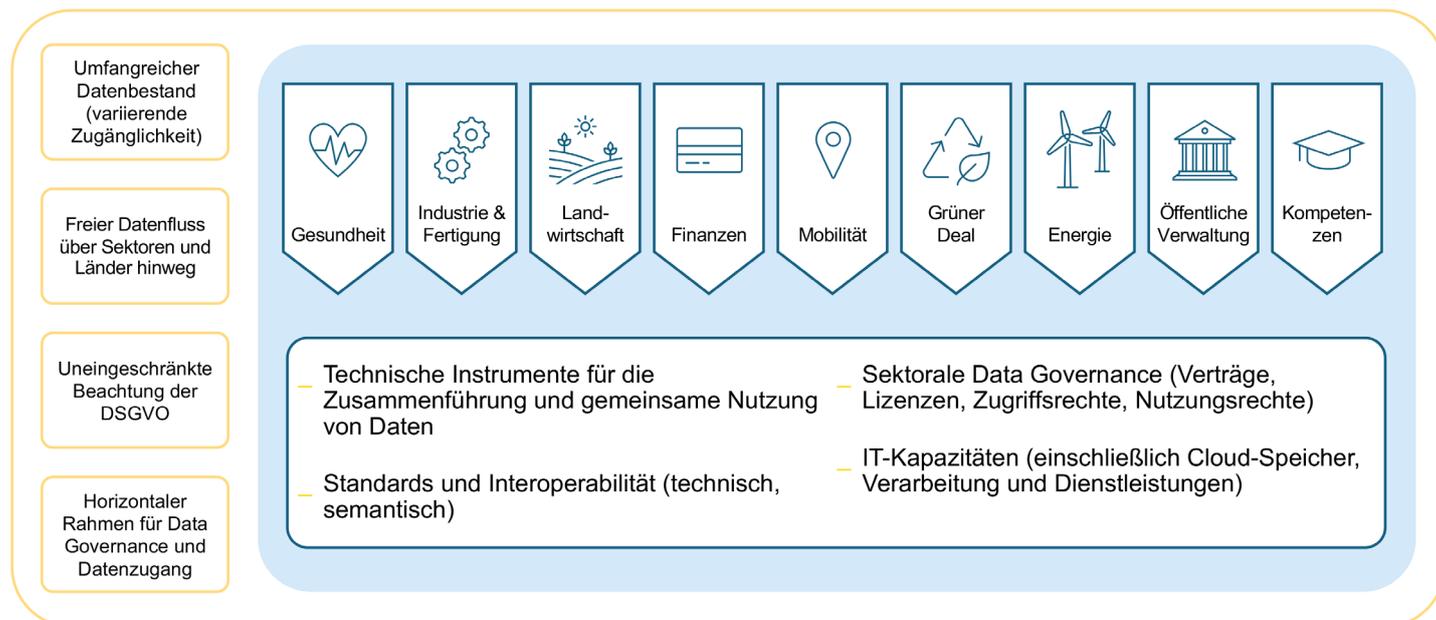
Die Digitalisierung wird nicht den Konflikt um die „883“ lösen können

Sicherlich wird die Digitalisierung dazu beitragen, die Kontroverse um die Reform der Verordnung zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit – kurz: die „883“ – zu entschärfen. Sie wird aber den inhaltlichen Dissens nicht zur Gänze lösen. Nachdem die Revision in 18 Trilogen nicht geeint werden konnte, ist offen, wie weiter verfahren wird. Nichtstun ist dabei keine Option. Die DSV hat wiederholt angemahnt: Beschäftigte wie Unternehmen, die grenzüberschreitend tätig werden, brauchen ein zeitgemäßes Koordinierungsrecht. Es wäre nicht vermittelbar, wenn einem Streit um wenige Punkte – vornehmlich die Ausnahmen von der Vorabnotifizierung der A1-Bescheinigung und die leistungsrechtliche Ausgestaltung des Arbeitslosengeldes bei grenzüberschreitender Arbeitssuche – wesentliche, geeinte Kompromisse wie zum Beispiel zum Umgang mit grenzüberschreitenden Pflegeleistungen zum Opfer fielen. Mit hoher Priorität ist hier nach einer Lösung zu suchen.



“Förderung von Berufsbildungsprogrammen zur dringenden Qualifizierung von Schlüsselberufen in Bereichen wie Fertigung, Bildung, Cybersicherheit, Gesundheitswesen und Landwirtschaft mit digitalem Know-how, um den digitalen Wandel zu beschleunigen und die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.“

Gemeinsame Europäische Datenräume



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Informationen der Europäischen Kommission

Was lange währt, wird endlich gut

Mit der neuen EU-HTA-Verordnung wird die Nutzenbewertung von neuen Arzneimitteln und Medizinprodukten erstmals auf europäischer Ebene geregelt und durchgeführt. Ziele sind der schnellere Zugang zu neuen Therapien, die Verringerung von Doppelarbeit und die Harmonisierung der klinischen Bewertung. Nach wie vor bleibt es den Mitgliedstaaten aber freigestellt, eigene Nutzenbewertungsverfahren durchzuführen. Dies war auch eine zentrale Forderung der DSV.

Europäischer Gesundheitsdatenraum

Das nächste digitale Großprojekt steht schon in den Startlöchern. Nach nur gut zwei Jahren Verhandlungsdauer wird der politische Kompromiss zum Europäischen Gesundheitsdatenraum aus dem März 2024 Ende des Jahres in Kraft treten. Dieser wird der Nutzung von Gesundheitsdaten einen enormen Schub geben und die medizinische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger – auch grenzüberschreitend – verbessern. Lange ist um Fragen des Schutzes der sensiblen Gesundheitsdaten gerungen worden – eine Debatte, die wichtig war, um Vertrauen zu diesem bedeutenden Gesundheitsprojekt fassen zu können. Im Ergebnis wird jeder einzelne bestimmen können, ob er die Nutzung seiner Gesundheitsdaten zulässt oder nicht.

Die Gesundheitspolitik bleibt auf der europäischen Agenda

Mit Europas Plan gegen den Krebs, der europäischen Gesundheitsunion, der Verabschiedung der EU-HTA-Verordnung, aber auch umweltpolitisch getriebenen Themen wie dem Verbot von Dentalamalgam hat die letzte Legislaturperiode eine starke gesundheitspolitische Akzentuierung erfahren. Das soll sich nach Ansicht der Parteienfamilien EVP, SPE, EGP und EL so fortsetzen. Auch die weitere Befassung mit Arzneimitteln und Medizinprodukten ist gesetzt.

Medizinprodukte – Neuregelungen nach Ablauf der Übergangsfristen

Im letzten Jahr sind die Übergangsfristen für die Geltung der Neuregelungen der Medizinprodukteverordnung verlängert worden. Der Erledigungsrückstau bei ohnehin zu wenigen Zulassungsstellen, aber auch Schwierigkeiten auf Seiten der Hersteller haben diesen Schritt notwendig erscheinen lassen, damit keine Versorgungsprobleme entstehen. Ungeachtet dessen werben Gesundheitspolitikerinnen und -politiker aus Deutschland schon geraume Zeit für eine weitere Überarbeitung. In Erinnerung zu rufen ist, dass es Defizite bei der Patientensicherheit waren, die die Reform des Medizinprodukterechts notwendig gemacht hat. Nachjustierungen dürfen nicht dazu führen, den Schutzstandard, den die neuen Medizinprodukteverordnungen verbriefen, wieder aufzuweichen.

Arzneimittel

Dem EU-Parlament ist es im April dieses Jahres überraschend gelungen, einen Standpunkt zu den Gesetzentwürfen zur Reform des europäischen Arzneimittelrechts zu verabschieden. Diese bilden den legislativen Kern der Europäischen Arzneimittelstrategie, die darauf abzielt, den Zugang, die Verfügbarkeit und die Bezahlbarkeit von Arzneimitteln zu verbessern. Gleichzeitig soll die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Pharmaunternehmen gestärkt werden. Es ist davon auszugehen, dass im Trilog in der kommenden Legislaturperiode die Diskussion darüber wieder aufflammen wird, wie lange Arzneimittel Exklusivrechte genießen und vor Nachahmern geschützt werden.

Ebenfalls im April 2024 wurde die „Allianz für kritische Arzneimittel“ ins Leben gerufen, die die Pharmaindustrie auffordert, neue Antworten zur Vermeidung von Liefer- und Versorgungsengpässen zu finden. Beginnend mit

elf Produkten aus der Liste kritischer Arzneimittel sollen deren Lieferketten geprüft und robust gemacht werden. Ende des Jahres 2024 sollen Empfehlungen vorliegen. Nach Ansicht der DSV können diese Herausforderungen am besten gemeinsam strategisch bewältigt werden. Dazu bedarf es vor allem eines: Transparenz.

Demografie, Pflege, psychische Gesundheit

Neben dem Umgang und der Bewältigung der Pandemie ist zu Beginn der Legislaturperiode auch intensiv über die demografische Entwicklung debattiert worden. Europas Gesellschaften altern. Über das „Grünbuch zum Thema Altern“, welches die EU-Kommission im Januar 2021 veröffentlicht hat, sind auch die Langzeitpflege und die psychische Gesundheit stärker in den politischen Fokus gerückt. EU-Kommission, Rat und EU-Parlament haben sich mit dem Thema auseinandergesetzt. Auch wenn es nicht zu „harter Gesetzgebung“



„Wir befürworten den universellen und kostenlosen Zugang zur Gesundheitsversorgung und die Stärkung der öffentlichen Gesundheitssysteme, um soziale Ungleichheiten abzubauen.“



Stella Kyriakides, Europäische Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit

„Die Allianz für kritische Arzneimittel wird zur industriellen Komponente einer starken europäischen Gesundheitsunion werden.“



“Psychische und physische Gesundheit müssen die gleiche Wertschätzung erfahren.“

Feedbacks und Stellungnahmen

In den Jahren 2019 bis 2024 hat die DSV zu zahlreichen EU-Initiativen Stellung bezogen. 30 hatten einen eindeutig gesundheitspolitischen Bezug und bezogen sich neben den großen Reformvorschlägen auch auf Themen wie Impfungen gegen krebserregende Viren, die Eindämmung des Tabakgebrauchs oder auf die Besteuerung von Alkohol. Weitere 29 Stellungnahmen hatten eine sozialpolitische oder eher horizontale Ausrichtung. Hierzu zählen zum Beispiel die Papiere zur Plattformbeschäftigung, zum Rechtsrahmen für KI, zum Lieferkettengesetz oder auch zur Harmonisierung des Insolvenzrechts.

gekommen ist – die politische Debatte läuft. Vor diesem Hintergrund fordern Christdemokraten, Sozialdemokraten und Grüne eine starke Initiative der EU in Form einer Strategie (SPE) oder eines Aktionsplans (EVP). Der psychischen Gesundheit soll der gleiche Stellenwert eingeräumt werden wie der physischen Gesundheit (EGP).

Sichere und gesunde Arbeitsplätze

Die psychische Gesundheit hat auch den Arbeitsschutz erreicht. Sowohl der Rat als auch das EU-Parlament haben sich mit diesem Teilaspekt intensiv auseinandergesetzt und dabei prekäre Arbeit als eine wesentliche Ursache markiert. Darüber hinaus haben die relevanten europäischen Agenturen gemeinsam mit der EU-Kommission die geltenden Arbeitsschutzvorschriften weiterentwickelt. So wurde die Richtlinie über den Schutz der Arbeitnehmenden gegen Gefährdung durch Asbest am Arbeitsplatz verschärft und an die modernen technischen Möglichkeiten angepasst. Für die Exposition gegenüber Blei sind die Grenzwerte gesenkt und für Diisocyanate erstmals Grenzwerte festgelegt worden.

Verwendung von Chemikalien am Arbeitsplatz

Im Oktober 2020 hat die EU-Kommission die Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit vorgelegt. Darin machte sie unter anderem weitreichende Vorschläge, um die Verunreinigung durch Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS) zu adressieren. Erste Maßnahmen sind unter anderem im Rahmen der Verordnung über persistente organische Schadstoffe angestoßen worden. Bei der Chemikalienagentur ECHA liegt zudem seit Januar 2023 ein Antrag von fünf Ländern vor, unter anderem auch Deutschland, den Einsatz von PFAS deutlich zu beschränken. Es ist davon auszugehen, dass das Thema in der nächsten Legislaturperiode Priorität haben wird.

Ebenfalls gesetzt ist die Weiterentwicklung der Richtlinie über chemische Arbeitsstoffe sowie der Richtlinie über Karzinogene, Mutagene und reproduktionstoxische Stoffe. Es stehen aber auch schon weitere Stoffe wie Bisphenol oder Bor auf der Agenda der ECHA. Auch das im Dezember 2023 veröffentlichte Reformpaket „Ein Stoff, eine Bewertung“ zielt auf eine kohärente Sicherheitsbewertung von Chemikalien ab und wird in einem ersten Schritt die legislativen Grundlagen für eine gemeinsame Datenplattform und einen Überwachungs- und Prognoserahmen für Chemikalien schaffen. Ob und wann die von Ursula von der Leyen angekündigte Überarbeitung der REACH-Verordnung zur Vereinfachung des Rechtsrahmens für Chemikalien kommt, ist nach wie vor ungewiss. Ferner will die EU-Kommission grundsätzlich klären, wie ein praktikabler Ansatz für die Risikobewertung von Stoffen aussehen muss. Der in der Chemikalienstrategie verfolgte gefahrenbasierte Ansatz ist aus Sicht der DSV nicht in allen Bereichen – so zum Beispiel im Arbeitsschutz – realitätsbezogen. Es sollte möglich bleiben, auch gefährliche Stoffe industriell einzusetzen, wenn der Schutz der Beschäftigten hinreichend gewährleistet wird.

Neue Arbeitsformen und Plattformarbeit

Die 9. Legislaturperiode hatte eine klare sozialpolitische Ausrichtung und war reich an gesundheits- und sozialpolitischen Initiativen. Hervorzuheben ist, dass es über die reine Gesetzgebung hinaus Ende 2021 zur Einrichtung einer hochrangigen Expertengruppe zur Zukunft des Sozialschutzes unter Vorsitz der ehemaligen EU-Kommissarin Anna Diamantopoulou gekommen ist. Diese hat im Februar 2023 ihren Bericht vorgelegt: Neben Digitalisierung und Demografie sind auch die neuen Arbeitsformen in den Fokus genommen worden. In diesem Kontext ist es als Highlight der 9. Legislaturperiode zu werten, dass sich das EU-Parlament und der Rat

trotz schwierigster Verhandlungen auf eine Richtlinie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit verständigen konnten. Damit wird künftig an die Frage, ob jemand abhängig beschäftigt oder selbstständig ist, EU-weit einheitlich herangegangen. Aus Sicht der DSV maßgeblich ist, dass hier erstmals die Anwendung von KI im Rahmen von algorithmischem Management geregelt wird. Damit müssen Betreiber von Plattformen, die dieses Managementinstrument verwenden, Rede und Antwort stehen, wie ihre KI arbeitet und warum sie zu bestimmten Ergebnissen kommt. Dieser Ansatz soll künftig auch auf andere Wirtschaftsbereiche ausgeweitet werden.

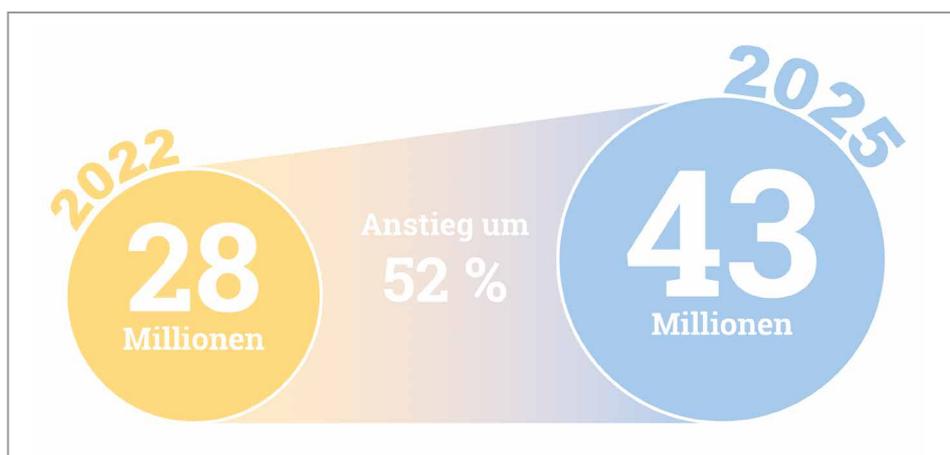
Angemessene und tragfähige Alterssicherungssysteme

Auch die Alterssicherung bleibt weiterhin Thema auf der europäischen Agenda. Nach Vorstellung des Ageing Reports zur langfristigen finanziellen Tragfähigkeit der öffentlichen Alterssicherungssysteme wird noch vor der Sommerpause der Bericht von EU-Kommission und Rat zur Angemessenheit der Rentensysteme



„Die Entwicklungen in unserem Jahrhundert sind weitgehend von Volatilität und Unsicherheit geprägt. Die Bekämpfung der Klimakrise, die Bewältigung digitaler Störungen und die Bekräftigung der Bedeutung des Sozialschutzes und der Rolle des Staates bei der Wahrung der Menschenwürde gehören zu den größten Herausforderungen, vor denen Europa steht. Sozialschutz ist das Kronenjuwel der EU.“

Anzahl der Menschen, die in der EU über digitale Plattformen arbeiten:



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Zahlen der Europäischen Kommission

erwartet. Dieser wird vor allem die Verringerung der geschlechtsspezifischen Rentenlücke (Gender Pension Gap) näher beleuchten. So hat die belgische Ratspräsidentschaft, unterstützt von Deutschland, die Gründung eines „Gender Pension Gap Network“ vorgeschlagen, um die Fortschritte der Mitgliedstaaten bei der Verringerung der Rentenlücke zu evaluieren.

Sozialgipfel Porto und Umsetzung der ESSR

2021 ist auch das Jahr gewesen, in dem das sozialpolitische Herz der EU besonders kraftvoll geschlagen hat. Auf dem Sozialgipfel im Mai 2021 in Porto wurde die weitere Agenda zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte (ESSR) festgelegt. An die Stelle von sozialen Absichtserklärungen sind konkrete sozialpolitische Ziele getreten, die bis 2030 erreicht werden sollen. Dass eine gute Sozialpolitik ein solides wirtschaftliches Fundament braucht, ist unumstritten. Beim dreigliedrigen Sozialgipfel vom 22. März 2023 haben



„Ein nach Außen starkes und wettbewerbsfähiges Europa muss nach innen solidarisch sein.“

EU-Führungsspitzen und Sozialpartner gemeinsam an diesem Fundament gearbeitet und auf die sich Europa stellenden Herausforderungen im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit reagiert.

Paradigmenwechsel in der Fiskalpolitik?

Der Wille, der Sozialpolitik auch in Zukunft einen hohen Stellenwert in der europäischen Politik zu sichern, ist während der spanischen und belgischen Ratspräsidentschaften sehr deutlich geworden. Er zeigt sich unter anderem in der Nutzung der Ergebnisse der Expertengruppe zur Zukunft des Sozialschutzes. So befassen sich aktuell informelle Arbeitsgruppen der Ratspräsidentschaften mit dem Umgang mit Sozialinvestitionen, zum Beispiel in Aus- und Fortbildung, aber auch mit dem wachstumsfördernden Potential von Ausgaben für Prävention und Rehabilitation. Damit deutet sich in fiskal- und haushaltspolitischer Hinsicht ein Paradigmenwechsel an: Investitionen in soziale Bereiche könnten künftig als Beitrag zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Europas und seines Binnenmarktes begriffen werden. Binnenmarkt- und Sozialpolitik wären damit als komplementär zu betrachten.

Richtungsweisung durch La Hulpe?

Zum Ende der Legislaturperiode ist der sozialpolitische Handlungswille noch einmal eindrucksvoll mit einer Erklärung und einem Leitfaden zur Weiterentwicklung der ESSR untermauert worden. Die Kernbotschaft der hochrangigen Konferenz in La Hulpe, zu der die Ratspräsidentschaft Belgien eingeladen hatte, bringt die Perspektive Europas auf den Punkt: „Ein nach Außen starkes und wettbewerbsfähiges Europa muss nach innen solidarisch sein.“ Ab Juli 2024 wird es die Aufgabe Ungarns als letztes Land der Trio-Ratspräsidentschaft sein, die Initiativen Spaniens und Belgiens fortzuführen und den Übergang in die neue Legislaturperiode ratsseitig zu

gestalten. Allerdings deutet der Umstand, dass Schweden und Österreich die Erklärung von La Hulpe nicht unterschrieben haben, an, dass das Interesse an einer Stärkung der sozialen Dimension Europas nachlässt.

Ausblick auf die neue Amtsperiode

Nachdem die letzten fünf Jahre durch eine besonders starke europäische Sozial- und Gesundheitspolitik gekennzeichnet waren, stellt sich für die kommenden Jahre die Frage, welchen Stellenwert diese Themen weiterhin haben werden.

Die ESSR wird sicherlich der soziale Kompass der EU bleiben. Das hat auch die Konferenz in La Hulpe noch einmal bestätigt. Das schließt aber nicht aus, dass sozialpolitische Vorhaben wie die Bekämpfung des Arbeitskräftemangels oder die Armutsbekämpfung in den Hintergrund geraten können und so in der zweiten Reihe landen. Schließlich ändert sich die Stimmungslage im Rat mit jedem Regierungswechsel in einem Mitgliedsland ein wenig. Und im EU-Parlament agieren neue Köpfe. Sozialdemokraten, Grüne und Linke wollen sich zwar weiterhin für die Stärkung der sozialen Dimension Europas einsetzen. SPE und Linke wollen darüber hinaus ein Protokoll über den sozialen Fortschritt in die EU-Verträge aufnehmen. Entsprechende Diskussionen gab es schon bei den Verhandlungen zum Vertrag von Lissabon. Die Christdemokraten pochen jedoch auf die Kompetenz der Mitgliedstaaten für die Sozialpolitik. Eine Festlegung von Standards für Sozialleistungen auf der EU-Ebene wird ebenso abgelehnt wie eine daraus resultierende „EU-Sozialbürokratie“. Auch bei den Liberalen spielen soziale Themen nur eine untergeordnete Rolle.

Als sicher darf gelten, dass die Leitmotive der alten Legislaturperiode – grüner und digitaler Wandel sowie gerechter Übergang – fortbestehen werden. Ändern werden sich aber gegebenenfalls die konkreten Ziele oder das Umsetzungstempo. Der Grüne Deal war das zentrale politische Projekt der ersten Amtszeit der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen. Er genießt jedoch in ihrer eigenen Parteifamilie wenig Sympathie. Nur die Mitte-Links-Parteien drängen weiterhin auf einen sozial gerecht gestalteten grünen Wandel.

Gesundheitspolitisch wird es aber sicherlich intensiv weitergehen. Insbesondere in den binnenmarktrelevanten Bereichen Arzneimittel und Medizinprodukte. Schwieriger dürfte es für Initiativen werden, die Verbraucher- und Patientenrechte über Wirtschaftsinteressen stellen. Hier werden sich im Zweifel heute schon feststellbare Tendenzen wie bei der Tabakgesetzgebung oder dem Labeling von alkoholischen Getränken fortsetzen. Wenig spricht dafür, dass die 10. Amtsperiode den weiteren Ausbau der Europäischen Gesundheitsunion befördern wird; weder versorgungspolitisch noch bei der Neu-



“Eine ausufernde EU-Sozialbürokratie lehnen wir ab.“



“Soziale Rechte müssen Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben, um die soziale Dimension der Europäischen Union zu stärken.“

ordnung der europäischen Kompetenzverteilung. Zu groß ist die Fraktion der Gegner in Rat und EU-Parlament, zu klein die Gruppe derjenigen, die eine Vorfahrt für Europa wollen.

Das sozialpolitische Herz der EU wird auch in der neuen Wahlperiode nicht aufhören zu schlagen. Dazu haben die spanische und belgische Ratspräsidentschaft eine gute Vorarbeit geleistet. Eine feste europäische Größe ist die Arbeitsschutzgesetzgebung. Der EU-Mechanismus zum Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern garantiert eine kontinuierliche Weiterentwicklung unabhängig von einzelnen Legislaturperioden.

Von besonderem Interesse wird sein, ob der Paradigmenwechsel in der Fiskalpolitik gelingt und soziale Investitionen künftig als wachstums- und damit haushaltsrelevant anzusehen sind. Die Digitalisierung der sozialen Sicherheit und der öffentlichen Verwaltungen wird auch die DSV über die kommenden Jahre fordern. Ob sich aber in sozialpolitischer Hinsicht über die gesetzten Themen hinaus viel Engagement entfaltet wird, dafür spricht am Ende der 9. Legislaturperiode nicht viel.

Kontakt

Deutsche Sozialversicherung
Europavertretung
Rue d'Arlon 50
1000 Brüssel
Fon: +32 (2) 282 05 50
E-Mail: info@dsv-europa.de
www.dsv-europa.de

Impressum

Verantwortlich für den Inhalt:
Deutsche Sozialversicherung
Europavertretung im Auftrag
der Spitzenverbände der Deutschen
Sozialversicherung

Direktorin: Ilka Wölfle, LL.M.

Redaktion:
Ilka Wölfle, LL.M.
Ulrich Mohr
Hanna Schlegel
Carla Cramer
Stephanie Kohl
Volker Schmitt

Produktion: mails and more –
Service für Dialogmarketing GmbH

Grafik/Layout: Naumilkat – Agentur
für Kommunikation und Design

Redaktionsschluss: Mai 2024

Bildnachweis:
S. 1: Adobe Stock/katarzyna
S. 7: Europäische Union
S. 9: Greek Ministry of Foreign Affairs
S. 10: Horst Wagner